

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Einleitung.....	1
Kapitel 1: Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen	18
<i>§ 1 Der französische Regelungskontext</i>	18
<i>§ 2 Strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen deutschem und französischem Rechtsrahmen für Konzerne in Krise und Insolvenz.....</i>	127
Kapitel 2: Die Überschreitung von Rechtsträgergrenzen in der Insolvenz konzernangehöriger Rechtsträger.....	163
<i>§ 3 Gemeinsame Entwicklung und spätere Diversifikation der Haftungsgrundlagen in der materiellen Konzerninsolvenz</i>	167
<i>§ 4 Die Verfahrenserstreckung (<i>extension de procédure</i>) wegen Vermögensvermischung und Fiktivität von Gesellschaften.....</i>	189
<i>§ 5 Rechtsträgerübergreifende Zivilhaftungstatbestände und -klagen in der Insolvenz konzernangehöriger Rechtsträger.....</i>	395
Kapitel 3: Fazit, Ausblick und Zusammenfassung	562
<i>§ 6 Fazit: Die Ausmaße des Rechtsträgerprinzips im französischen und deutschen Recht</i>	562
<i>§ 7 Zusammenfassung der Forschungsergebnisse</i>	583
Literaturverzeichnis.....	635
Sachregister	653

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Einleitung.....	1
A. Hintergrund und Relevanz des Themas.....	1
I. Die Konzerninsolvenz als weitgehend ungelöstes wirtschaftliches und rechtliches Problem in Deutschland	1
1. Die Konzerninsolvenz als prozessuales Problem: Eingeschränkte Effizienz von Insolvenzverfahren über einzelne Rechtsträger desselben Konzerns.....	3
2. Die Konzerninsolvenz als materielles Problem: Grenzen des konzernrechtlichen Trennungs- und Rechtsträgerprinzips	5
II. Abweichende systematische Einordnungen und Lösungsansätze in Frankreich	10
III. Forschungsgegenstand und Begründung einer Gegenüberstellung französischer und deutscher Regelungskomplexe	11
B. Methodik und Gang der Untersuchung	14
Kapitel 1: Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen: Konzern, Insolvenzrecht, „Konzerninsolvenzrecht“ und Grundsatz der Haftungstrennung	18
§ 1 Der französische Regelungskontext.....	18
A. Das französische Insolvenzrecht: Entwicklung, Verfahren und Beteiligte.....	18
I. Die historische Entwicklung des französischen Insolvenzrechts und seiner Ziele.....	19
1. Das repressive <i>droit des faillites</i> des <i>Code de commerce</i> von 1807 und seine historischen Vorgänger	19
2. Durchgreifen einer differenzierten Beurteilung des vorinsolvenzlichen Schuldnerverhaltens und erste Regeln zum Haftungsdurchgriff auf Gesellschafter	25

3. Der Paradigmenwechsel hin zu einem „Recht der Unternehmen in Schwierigkeit“ ab 1967	28
a) Die Unterscheidung der insolvenzrechtlichen Behandlung von Unternehmen und Unternehmer durch das Gesetz vom 13.07.1967	28
b) Die Konzentration auf Mittel zur Unternehmenssanierung in den Gesetzen vom 01.03.1984 und 25.01.1985.....	31
c) Verbesserung insbesondere der Stellung der Sicherungsgläubiger durch das Gesetz vom 10.06.1994	34
II. Grundsätze, Verfahrensarten und maßgebliche Verfahrensbeteiligte im aktuellen Insolvenzrecht seit dem Gesetz vom 26.07.2005	35
1. Reaktion des Gesetzgebers auf anhaltende Kritik und Beibehaltung des Sanierungsziels	35
2. Systematik und Regelungstechnik der zunehmend diversifizierten Verfahrensarten.....	39
3. Ablauf und Teilnehmer bei Rettungs-, Sanierungs- und Liquidationsverfahren	44
a) Anwendungsbereich der Verfahren	44
b) Antragstellung und Eröffnungsgründe	45
c) Wichtigste Verfahrensschritte des Rettungs- und Sanierungsverfahrens im Überblick	47
aa) Eröffnungsurteil und Ernennung der wichtigsten Verfahrensorgane	47
bb) Beobachtungsphase (<i>période d'observation</i>)	50
cc) Erarbeitung und Beschluss des Rettungs- bzw. Sanierungsplans	52
dd) Rechtsfolgen und Durchführung der Planbestandteile	54
d) Besonderheiten des Liquidationsverfahrens „liquidation judiciaire“	55
B. Der französische Konzern in Theorie und Praxis	57
I. Die rechtliche Dimension des Konzerns im französischen Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht	57
1. Rechtliche Kontur des Konzerns	57
a) Fehlen eines Konzernrechts im engeren Sinne.....	57
b) Der Konzernbegriff.....	60
aa) Kriterien für das Vorliegen von Konzernen in Rechtsprechung und Literatur.....	60
bb) Gesetzlich aufgegriffene Teilauspekte des Konzernbegriffs	62
(1) Beherrschung (<i>contrôle</i> , Art. L. 233-3, 233-16 C. com.)	62

(2) Tochtergesellschaften (<i>filiales</i> , Art L. 233-1 C. com.) und Beteiligungen (<i>participations</i> , Art. L. 233-2 C. com.).....	65
(3) Verhältnis der Definitionen zueinander und Zwischenergebnis.....	67
c) Gesetzgeberische Aktivität in einzelnen Rechtsbereichen	68
aa) Gesellschafts- und Bilanzrecht	69
(1) Überblick	69
(2) Durch den Gesetzgeber aufgegriffene Einzelprobleme.....	69
(3) Rechtspersönlichkeit der Wirtschaftlichen Interessenvereinigung (GIE)	71
bb) Steuerrecht	71
cc) Arbeitsrecht.....	72
dd) Recht der Unternehmensfinanzierung.....	72
ee) Kartellrecht: Fusionskontrolle und rechtsträgerübergreifende Haftung für kartellrechtliche Bußgelder und Schadensersatzklagen.....	73
ff) Strafrecht und wegweisende „Rozenblum“-Entscheidung	75
2. Grundprinzipien des französischen Konzernrechts	77
a) Der Konzern als Unternehmensform ohne eigene Rechtspersönlichkeit.....	78
b) Die Konzerngesellschaften als rechtlich selbständige Träger ihrer jeweiligen Gesellschaftsvermögen	81
aa) Die rechtliche Selbständigkeit der Konzerngesellschaften in der Rechtsprechung des Kassationsgerichtshofs.....	81
bb) Folgen für die Rechtsbeziehungen nach außen: der Grundsatz der konzerninternen Haftungstrennung und seine Ausnahmen	83
cc) Folgen für die Ausgestaltung der Rechtsbeziehungen innerhalb des Konzerns.....	86
(1) Keine Pflicht zum konzerninternen Verlustausgleich	86
(2) Kein rechtswirksames Handeln für andere Konzerngesellschaften ohne besondere Vertretungsmacht	87
(3) Die Konzerngesellschaften als alleinige Träger des Konzernkapitals.....	89
dd) Zwischenergebnis	91
3. Gestaltungsformen und Gründungszenarien von Konzernen im französischen Recht	93

a) Fehlen eines konzernrechtlichen numerus clausus und weitgehende Gestaltungsfreiheit für Konzernstrukturen	93
b) Konzerntypen nach Art ihrer Verknüpfung durch Beteiligungen, Verträge oder persönliche Bindungen.....	95
aa) Finanzkonzerne (<i>groupes financiers</i>)	95
bb) Vertragskonzerne (<i>groupes contractuels</i>).....	97
cc) Personenbezogene Konzernstrukturen (<i>groupes personnels</i>)	98
4. Zwischenergebnis	101
II. Die wirtschaftliche Dimension des Konzerns als Organisationsform französischer Unternehmen	102
1. Konzerne in Zahlen und Fakten.....	102
a) Wirtschaftliche Bedeutung der Konzerne in Frankreich	102
b) Relevanz von Konzernstrukturen in sehr großen Unternehmen und in Form von „ <i>microgroupes</i> “	103
aa) Die Dominanz von „ <i>microgroupes</i> “ in der Immobilienverwaltung, bei Familienunternehmen sowie bei Unternehmensübernahmen	105
bb) Unternehmensgruppen in sehr großen Unternehmen	105
cc) Konzerne unter staatlichem Einfluss	106
dd) Konzerne und ausländische Investoren.....	106
c) Zwischenergebnis	107
2. Vorteile der Konzernorganisation aus Sicht der Unternehmen	107
C. Der Konzern in der Insolvenz: Sonderregeln für die Sanierung und Abwicklung gruppenangehöriger Gesellschaften in Frankreich im Überblick	111
I. Das konzernrechtliche Rechtsträgerprinzip und der Grundsatz der Haftungstrennung in der Insolvenz von Gruppengesellschaften	111
II. Die Konzerninsolvenz als verfahrensrechtliches Problem: Vorhandene Lösungsansätze zur Erhöhung der Effizienz von Insolvenzverfahren.....	114
III. Die Konzerninsolvenz als materiellrechtliches Problem: Ansatzpunkte zur Anpassung und Durchbrechung des Rechtsträgerprinzips im Einzelfall.....	117
1. Finanzbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften.....	118
a) Entfernung von Vermögenswerten mit liquidationsgleicher Wirkung: existenzvernichtende Eingriffe.....	119
b) Sonstige gläubigerschädigende Vermögensverlagerungen ohne ausreichende Gegenleistung	120
2. Ausübung von Leitungsmacht	121

a)	Systematische Eingriffe in die Entscheidungssphären einer Konzerngesellschaft unter Infragestellung der Selbständigkeit der Gesellschaft als solcher.....	121
b)	Punktuelle Eingriffe im Interesse einer beherrschenden Gesellschaft mit der Folge einer Unternehmenskrise.....	122
c)	Notwendigkeit einer Abgrenzung: Verflechtung und Zentralisierung von Entscheidungsstrukturen	123
3.	Transparenz der Vermögenszuordnung zwischen konzernangehörigen Rechtsträgern und von Entscheidungsstrukturen	123
a)	Vorsätzliche Gründung von Scheingesellschaften	124
b)	Unmöglichkeit buchhalterischer Trennung der Vermögen mehrerer Gesellschaften	124
c)	Anderweitige Vermischungen von Gesellschaftssphären	125
4.	Anpassung und Aufhebung der Haftungstrennung unabhängig von schädigenden Vorverhalten mit besonderer Zielsetzung im Insolvenzverfahren	125
a)	Verfahrenserstreckung zu Verfahrenserleichterung	125
b)	Verfahrenserstreckung zur erleichterten rechtsträgerübergreifenden Sanierung von konzernangehörigen Unternehmen.....	126
D.	Zwischenergebnis	126
<i>§ 2 Strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen deutschem und französischem Rechtsrahmen für Konzerne in Krise und Insolvenz</i>		127
A.	Ausgangspunkt: die unterschiedliche Zielvorgabe des deutschen Insolvenzrechts im Vergleich zum französischen „Recht der Unternehmen in Schwierigkeit“	127
I.	Weitgehender Ausschluss wirtschaftspolitischer Instrumentalisierung des deutschen Insolvenzverfahrens.....	128
II.	Der verfahrensrechtliche Schwerpunkt des deutschen Insolvenzrechts im Vergleich zur Verlagerung materieller Haftungsnormen in das französische <i>droit des entreprises en difficulté</i>	132
III.	Folgerungen für Vergleiche zwischen französischem und deutschem Recht	135
B.	Der Konzern als wirtschaftliches Phänomen und rechtliches Konstrukt	137
I.	Die hohe praktische Relevanz von Konzernstrukturen in der deutschen Wirtschaftslandschaft.....	137

II.	Das Festhalten am konzernrechtlichen Rechtsträgerprinzip, dem haftungsrechtlichen Trennungsprinzip und dem Grundsatz der privatautonomen Konzerngestaltung	140
III.	Die Grundsatzentscheidung des deutschen Gesetzgebers für ein geschriebenes AG-Konzernrecht als wichtigster Gegensatz zum französischen Gesellschaftsrecht der Konzerne.....	144
1.	Begriff des Konzernrechts	144
2.	Zielsetzung und Kontext der Entstehung kodifizierter konzernrechtlicher Regeln.....	145
3.	Fragmentierung des Konzernbegriffs, Inhalte und Grenzen konzernrechtlicher Rechtssetzung.....	150
IV.	Folgerungen für Vergleiche zwischen französischem und deutschem Recht	156
C.	Das Konzerninsolvenzrecht als Verfahrensrecht.....	157
I.	Die Einführung von prozessualen Sonderregeln durch ein „Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen“ vom 13.04.2017	158
II.	Zwischenergebnis und Folgerungen für Vergleiche zwischen französischem und deutschem Recht: Anwendbarkeit allgemeiner Regeln zur Auflösung materieller Konfliktlagen im deutschen Recht	161
	Kapitel 2: Die Überschreitung von Rechtsträgergrenzen in der Insolvenz konzernangehöriger Rechtsträger	163

§ 3 Gemeinsame Entwicklung und spätere Diversifikation der Haftungsgrundlagen in der materiellen Konzerninsolvenz 167

A.	Richterrechtliche Tradition der Haftungsdurchgriffe im Kontext von Gesellschaftsinsolvenzen	168
I.	Rechtssache <i>Mary-Raynaud</i> : Grundlage des Kriteriums der fictivité und erste Ansätze einer Durchgriffshaftung auf das Führungspersonal einer Gesellschaft	168
II.	Rechtssache <i>Vidal</i> : erste Ansätze des Tatbestands einer Vermögensvermischung und echter Verfahrenserstreckung	171
B.	Erste gesetzliche Anerkennung von Verfahrenserstreckungen und Tatbeständen einer Durchgriffshaftung	173
C.	Differenzierung der Haftungsgrundlagen nach Rechtsfolgen seit dem Gesetz vom 16.11.1940	175
I.	Deliktsrechtliche Geschäftsführerhaftung als Vorgängerin der heutigen responsabilité pour insuffisance d'actif	176

II. Unechte Verfahrenserstreckung als Sanktion für Einmischungen in Gesellschaftsbelange („ <i>extension-sanction</i> “).....	177
III. Unechte Verfahrenserstreckung auf Gesellschafter von Gesellschaften mit unbeschränkter Haftung (so genannte „ <i>extension automatique</i> “).....	180
IV. Schrittweise Aufhebung der unechten Verfahrenserstreckungen und ihrer Tatbestandsvarianten bis 2008	184
V. Zwischenergebnis	188
 <i>§ 4 Die Verfahrenserstreckung (extension de procédure) wegen Vermögensvermischung und Fiktivität von Gesellschaften nach Art. L. 621-2 Abs. 2 C. com.</i>	189
 A. Einführung	189
I. Grundlagen, Zielsetzung und dogmatische Rechtfertigung der Verfahrenserstreckung	189
II. Anwendung der Verfahrenserstreckung bei der Insolvenz von Konzerngesellschaften	193
III. Weiterentwicklung des Instituts der Verfahrenserstreckung seit der Differenzierung der Haftungsgrundlagen	196
1. Ursprünglich richterrechtliche Ausgestaltung der „echten“ Verfahrenserstreckung und Misserfolg erster gesetzgeberischer Kodifikationstrengungen	197
2. Gesetzliche Aufnahme der Rechtsprechung zugunsten eines selbständigen Eröffnungsgrunds der „echten“ Verfahrenserstreckung	201
a) Art. 7 Abs. 1 des Gesetzes vom 25.01.1985	201
b) Art. L. 621-2 Abs. 2 C. com. seit der <i>loi de sauvegarde</i> von 2005	203
3. Die Entwicklung der Verfahrenserstreckung seit 2005: rege Anwendung in der Praxis und erste gesetzgeberische Reformanstrengungen	205
a) Ordonnance vom 18.12.2008: verfahrensrechtliche Grundlagen und Beibehaltung der Erstreckung von Rettungsverfahren.....	206
b) Einführung eines eigenen Erstreckungstatbestands für den Einzelunternehmer mit beschränkter Haftung (EIRL) durch die Ordonnance vom 09.12.2010.....	208
c) Neue, umstrittene Sicherungsmaßnahmen durch das Gesetz vom 12.03.2012 („ <i>loi Petroplus</i> “)	209
d) Bestätigung der Verfassungsmäßigkeit der Verfahrenserstreckung durch Beschluss des Kassationsgerichtshofs vom 08.10.2012	210

e) Anpassung der Antragsbefugnisse durch die <i>Ordonnance vom 12.03.2014 im Hinblick auf die Erstreckung des vorinsolvenzlichen Rettungsverfahrens</i>	213
B. Voraussetzungen der Verfahrenserstreckung	214
I. Der weitreichende persönliche und materielle Anwendungsbereich der Verfahrenserstreckung	214
1. Persönlicher Anwendungsbereich der Verfahrenserstreckung214	
2. Materieller Anwendungsbereich der Verfahrenserstreckung auf alle Insolvenz- und Sanierungsverfahren im engeren Sinne und daraus folgende Zielsetzungen.....	217
a) Zielsetzung der Verfahrenserstreckung in den nachinsolvenzlichen Sanierungs- und Liquidationsverfahren: Ausgleich von Vermögensverschiebungen und Haftungsdurchgriff auf Muttergesellschaften.....	218
b) Die Verfahrenserstreckung im vorinsolvenzlichen Rettungsverfahren als Instrument der nachhaltigen Sanierung von Gesamtkonzernen auf Schuldnerantrag.....	218
II. Materielle Voraussetzungen der Verfahrenserstreckung	225
1. Zwei gesetzliche Tatbestandsalternativen seit der <i>loi de sauvegarde</i>	227
a) Gesetzgeberischer Verzicht auf eine Legaldefinition und Fortgeltung der Rechtsprechung zu <i>fictivité</i> und Vermögensvermischung	227
b) Selbständigkeit beider Tatbestandsalternativen und wachsende praktische Bedeutung der Vermögensvermischung	228
c) Ausschluss einer Begründungshypothese der „Unternehmenseinheit“ zur „echten“ Verfahrenserstreckung.....	232
2. Fiktive juristische Person (<i>fictivité de la personne morale</i>).....	236
a) Grundlagen, Motive und praktische Relevanz in Konzernsachverhalten	239
b) Dogmatischer Hintergrund der Scheingeschäftslehre: Fehlen der Wirksamkeitsvoraussetzungen eines Gesellschaftsvertrags i.S.d. Art. 1832 C. civ.....	243
c) Beweis des Vorliegens fiktiver Gesellschaften	247
aa) Fehlende Autonomie von Gesellschaften	248
bb) Besonderer Maßstab für fiktive Konzerngesellschaften	250
cc) Situationsgebundene Gesamtbetrachtung durch die Rechtsprechung.....	252
d) Unterscheidung zwischen gesellschafts- und insolvenzrechtlicher <i>fictivité</i>	257

3. Vermögensvermischung (<i>confusion des patrimoines</i>)	260
a) Vermögensvermischung im engeren Sinne (<i>confusion des comptes</i>).....	263
b) Anormale finanzielle Beziehungen (<i>relations financières anormales</i>)	265
aa) Objektive Merkmale: Vermögensvermischung durch Übertragung von Vermögenswerten ohne hinreichenden Ausgleich.....	267
bb) Anwendungsbeispiele der Merkmale des objektiven Tatbestands	272
cc) Subjektives Merkmal: Fehlen einer Rechtfertigung für Vermögensabflüsse ohne ausreichende Gegenleistung – „ <i>caractère anormal</i> “	277
dd) Restriktive Auslegung des Tatbestands bei Insolvenzen von Konzerngesellschaften in großen Konzernorganisationen und Finanzkonzernen (<i>groupes financiers</i>) – die Metaleurop-Rechtsprechung und ihre Nachfolger.....	281
c) Zwischenergebnis: Umrisse eines modernen Begriffs der Vermögensvermischung bei Konzernen und Handlungsmaximen zur Haftungsvermeidung	290
aa) Restriktive Auslegung aller Tatbestandsmerkmale des Art. L. 621-2 Abs. 2 C. com.	290
bb) Unklarheit hinsichtlich der Tragweite der Urteilsformel des „Metaleurop“-Urteils	292
cc) Neugestaltung des Haftungsgefüges in der Insolvenz konzernangehöriger Rechtsträger	295
III. Prozessuale Besonderheiten der Verfahrenserstreckung	298
1. Antragsbefugnis	298
2. Zuständiges Gericht, Form und Zeitraum der Antragstellung	299
3. Darlegungs- und Beweislast und vor Gericht verwertbare Tatsachenelemente	301
4. Entscheidung des Gerichts und Publizität des Erstreckungsurteils	302
5. Rechtsbehelfe	303
6. Sicherungsmaßnahmen nach der umstrittenen „ <i>Loi Petroplus</i> “ vom 12.03.2012	304
a) Hintergrund: Verhinderung von Vermögensverschiebungen vor Eintritt der Rechtskraft eines Erstreckungsurteils	304
b) Rechtsfolgen der gesetzlichen Regelung.....	307
c) Kritik.....	309
C. Rechtsfolgen der Verfahrenserstreckung.....	311

I.	Verfahrensrechtliche Einheit aller betroffenen Insolvenzverfahren und gemeinsamer Zeitpunkt insbesondere der Zahlungsunfähigkeit	312
II.	Gemeinsame Masse und einheitliches Verfahrensergebnis	314
1.	Zusammenfassung der Vermögen und Verbindlichkeiten aller betroffenen Gesellschaften	315
2.	Gemeinsamer Verfahrensausgang mit begrenzter Anpassungsfähigkeit an wirtschaftliche Besonderheiten einzelner Konzerngesellschaften.....	318
III.	Grenzen der Vereinheitlichung von Verfahren und Massen.....	320
1.	Fehlende Rückwirkung des Erstreckungsurteils	320
2.	Beibehaltung der gesellschaftsrechtlichen Struktur von Gesellschaften und Konzernen.....	322
IV.	Rechtsfolgen für Dritte: Besonderheiten im Verhältnis zu Gläubigern und Auswirkungen auf Kreditsicherheiten	324
V.	Unionsrechtliche Eingrenzung der Anwendung der Verfahrenserstreckung auf internationale Konzerne – der Fall „ <i>Rastelli</i> “	326
D.	Zwischenergebnis	329
E.	Rechtsvergleichende Anmerkungen zum deutschen Recht.....	331
I.	Mehrheitliche Ablehnung von materiellen Konsolidierungsmodellen	331
II.	Rückgriff auf allgemeine Regeln als Reaktion auf ungerechtfertigte Vermögensverlagerungen, fiktive Gesellschaften und buchhalterische Konfusion in Konzernen	334
1.	Überblick und Anmerkungen zur Vergleichbarkeit der Sachverhalte	334
a)	Die Verfahrenserstreckung im französischen Recht als Sammeltatbestand für unterschiedliche Sachverhaltskonstellationen	334
b)	Die Verfahrenserstreckung als eng ausgelegter Ausnahmetatbestand	335
c)	Rechtliche Besonderheiten in Deutschland und anzulegender Vergleichsmaßstab	336
2.	Ausgleichspflichten, Grenzziehungen und Rechtfertigungsmöglichkeiten für Eingriffe durch das deutsche Konzernrecht	338
a)	Eingliederungskonzerne	338
b)	Vertragskonzerne.....	339
c)	Faktische Konzerne	342
d)	„Qualifiziert faktische Konzerne“	344
aa)	Beherrschte GmbH.....	345
bb)	Beherrschte AG.....	348

cc) Exkurs: Frühere Lehre einer Durchgriffshaftung wegen enger Konzernverflechtungen in faktischen Konzernen – Parallelen mit der französischen Rechtsprechung zur <i>unité d'entreprises</i>	349
f) Rechtsvergleichende Einordnung und Zwischenergebnis.....	350
3. Unmöglichkeit buchhalterischer Trennung zwischen Konzerngesellschaften	352
a) Vergleichsgegenstand im französischen Recht: Verfahrenserstreckung nach Art. L. 621-2 Abs. 2 C. com. wegen Vermögensvermischung im engeren Sinne (<i>confusion des comptes</i>).....	352
b) Vergleich mit dem deutschen Rechtsinstitut der Durchgriffshaftung wegen Vermögensvermischung.....	352
aa) Tatbestand.....	354
bb) Rechtsfolgen.....	356
c) Rechtsvergleichende Bewertung	356
aa) Vorteil der deutschen Lösung: Höhere Flexibilität.....	357
bb) Vorteil der französischen Lösung: Gesteigerte Verfahrenseffizienz.....	358
4. Gründung und Unterhaltung von Scheingesellschaften	359
a) Vergleichsgegenstand im französischen Recht: Verfahrenserstreckung nach Art. L. 621-2 Abs. 2 C. com. wegen fiktiver juristischer Personen (<i>fictivité d'une personne morale</i>)	359
b) Vergleich mit deutschen Rechtsinstituten des allgemeinen Zivilrechts	361
aa) Abweichende Prämissen durch das Bestehen umfangreicherer „vorsorgender“ Regelungen im deutschen Gesellschafts- und Konzernrecht	361
bb) Vergleich mit dem Begriff der Scheingesellschaft	363
(1) Praktisch selten eingesetzter, jedoch dogmatisch überzeugenderer Ansatz des deutschen Rechts	363
(2) Widersprüchlichkeit des französischen Rechts im Hinblick auf die Rechtsfolgen der „ <i>fictivité</i> “	364
(3) Kritische Bewertung und Erklärungsansatz durch Besonderheit des „Kaufmannskonkurses“ im französischen Rechts	365
cc) Anmerkung zu den Fallgruppen materieller Unterkapitalisierung und „Aschenputtelgesellschaft“ im deutschen Recht	366
5. Systematische, missbräuchliche Vermögensverlagerungen mit Existenzbedrohung beherrschter Gesellschaften	365

a) Vergleichsgegenstand im französischen Recht: Verfahrenserstreckung nach Art. L. 621-2 Abs. 2 C. com. wegen anormaler finanzieller Beziehungen (<i>relations financières anormales</i>)	366
b) Vergleich mit dem deutschen Rechtsinstitut der Existenzvernichtungshaftung.....	367
aa) Funktionale Überschneidungen mit anderen Rechtsinstituten.....	368
bb) Darstellung der Existenzvernichtungshaftung auf Grundlage von § 826 BGB seit dem <i>Trihotel-Urteil</i> des BGH vom 16.07.2007 – Unterschiede und Gemeinsamkeiten.....	369
(1) Telos und Voraussetzungen	369
(2) Rechtsfolgen und Geltendmachung von Haftungsansprüchen.....	371
c) Rechtsvergleichende Bewertung	371
F. Gesamtbewertung der Verfahrenserstreckung und ihrer Anwendungsperspektiven.....	374
I. Bewertung des Französischen Rechts der Verfahrenserstreckung in ihrem heutigen Entwicklungsstand.....	375
1. Zielsetzungen und Rechtfertigungsansätze für das Bestehen einer Verfahrenserstreckung im französischen Recht als Bewertungsmaßstab	375
a) Wiederherstellung von Rechtsträgervermögen bei Missbräuchen der Rechtspersönlichkeit im Interesse der Gesamtheit der Gläubiger	375
b) Fehlender Gutglaubenschutz und Konsequenzen für Gläubiger einbezogener Rechtsträger.....	376
c) Weitere mögliche Zielsetzungen: Sanktion und erhöhte Verfahrenseffizienz	377
2. Bewertung der eine Verfahrenserstreckung auslösenden Tatbestandsmerkmale	378
a) Zum Merkmal der <i>fictivité</i>	378
b) Zum Merkmal der Vermögensvermischung (<i>confusion des patrimoines</i>)	380
aa) Vermögensvermischung im engeren Sinne (<i>confusion des comptes</i>)	380
bb) Anormale finanzielle Beziehungen (<i>relations financières anormales</i>).....	381
3. Untauglichkeit der heutigen Verfahrenserstreckung als Hilfsmittel zur nachhaltigen Sanierung von Konzerngesellschaften	384

4. Zurückdrängung der Verfahrenserstreckung in Konzernen zugunsten zielgenauerer Haftungsformen.....	385
II. Rechtsvergleichende Perspektive: Konvergenzpotenziale trotz grundlegend unterschiedlicher dogmatischer Weichenstellungen.....	387
1. Gegensätzliche Einschätzungen zur grundsätzlichen Zweckmäßigkeit materieller Konsolidierungslösungen	387
2. Abweichende Prioritäten bei der rechtlichen Reaktion auf als sanktionswürdig erkannte Sachverhalte	389
3. Enge Spielräume für einen dogmatischen Brückenschlag	391
a) Prägung der richterrechtlichen Rechtsgrundlagen durch Einzelfälle.....	391
b) Argumente für materielle Konsolidierungslösungen in der deutschen Rechtslehre	393
§ 5 Rechtsträgerübergreifende Zivilhaftungstatbestände und -klagen in der Insolvenz konzernangehöriger Rechtsträger.....	396
A. Die deliktische Ausfallhaftung für Managementfehler bei Aktivfehlbeträgen (<i>responsabilité pour insuffisance d'actif</i>) nach Art. L. 651-1 ff. C. com. in der Insolvenz konzernangehöriger Rechtsträger	397
I. Beschränkung, Reform und Weiterentwicklung der insolvenzspezifischen Haftungsklagen seit der loi de sauvegarde von 2005.....	398
1. Erste Anpassungen des Gesetzeswerks durch administrative und legislative Rechtssetzung	399
2. Bestätigung der Verfassungsmäßigkeit der Rechtsfolgen des Haftungstatbestands	401
3. Neue Ausprägung der Haftungsklagen für das Sanierungsverfahren seit Inkrafttreten der <i>loi Petroplus</i> vom 12.03.2012	403
II. Anwendungsbereich.....	406
1. Abschließender materieller Anwendungsbereich: Beschränkung auf das Liquidationsverfahren mit Aktivfehlbetrag und Konkurrenz zu anderen Haftungsmechanismen	407
2. Persönlicher Anwendungsbereich bei Konzernen: die beherrschende Gesellschaft als Geschäftsführerin.....	410
III. Voraussetzungen	417
1. Materielle Voraussetzungen des Haftungstatbestands	417
a) Vorliegen eines Aktivfehlbetrags (<i>insuffisance d'actif</i>)	418
b) Managementfehler (<i>faute de gestion</i>) auf Seiten des Antragsgegners	419

aa) Grundlagen und Definitionsansätze	419
bb) Bedeutung im Rahmen von Konzernsachverhalten	420
c) Abgeschwächtes Kausalitätserfordernis: Beitrag des Managementfehlers zum Vorliegen eines Aktivfehlbetrags (<i>contribution à l'insuffisance d'actif</i>)	424
2. Prozessuale Voraussetzungen der Haftungsklage	424
a) Antragsbefugnis.....	425
b) National und international zuständiges Gericht, Form und Zeitraum der Antragstellung; Rechtsmittel	425
IV. Rechtsfolgen	427
1. Ermessensentscheidung des erkennenden Gerichts	427
2. Auskehr der Haftungssummen zugunsten der Gesellschaftsgläubiger	430
V. Zwischenergebnis	431
VI. Rechtsvergleichende Anmerkungen zum deutschen Recht	432
1. Grundlagen und systematische Überlegungen	432
a) Funktionale Abgrenzung des Tatbestands und seiner Vergleichsgegenstände im deutschen Recht.....	432
b) Flankierende Ansprüche ohne Qualifikationsmerkmale und weitere Haftungsansätze in beiden Rechtsordnungen.....	434
2. Rechtsvergleich mit der Existenzvernichtungshaftung und der Haftung wegen materieller Unterkapitalisierung	436
a) Zur Haftung für existenzvernichtende Eingriffe gemäß § 826 BGB nach den Grundsätzen der Trihotel-Rechtsprechung des BGH	437
aa) Funktion und Anwendungsbereich.....	437
bb) Voraussetzungen	439
cc) Rechtsfolgen.....	441
b) Zur Haftung für materielle Unterkapitalisierung nach den Grundsätzen der Gamma-Rechtsprechung des BGH	441
aa) Nicht vollständig geklärte Rechtslage im deutschen Recht	443
bb)Vergleichbare Problematik im französischen Recht.....	446
3. Rechtsvergleichende Bewertung und Zwischenergebnis	447
B. Die Haftung der Muttergesellschaft für durch insolvente Tochtergesellschaften verursachte Umweltschäden nach Art. L. 512-17 <i>Code de l'environnement</i>	449
I. Grundlagen und Kontext der Entstehung der Haftungsgrundlage	450
II. Voraussetzungen und Rechtsfolgen.....	454
1. Persönlicher Anwendungsbereich	455
2. Materielle Voraussetzungen.....	456
3. Prozessuale Voraussetzungen	457

4. Rechtsfolgen.....	457
III. Zwischenergebnis	458
IV. Rechtsvergleichende Anmerkungen zum deutschen Recht	461
1. Anwendung allgemeiner Regeln mangels umfassender Spezialtatbestände	462
2. Sonderfall einer Durchgriffshaftung des Bodenschutzrechts (§ 4 Abs. 3 S. 4 Fall 1 BBodSchG).....	462
3. Jüngster gesetzgeberischer Vorstoß: Dauerhafte, akzessorisch-subsidiäre Nachhaftung für beherrschende Unternehmen von Betreibergesellschaften deutscher Kernkraftwerke nach dem sog. Nachhaftungsgesetz vom 27.01.2017.....	463
C. Haftungsdurchgriff auf Muttergesellschaften für Arbeitnehmeransprüche nach der <i>théorie du co-emploi</i>	467
I. Ausgangslage im französischen Individualarbeitsrecht.....	467
1. Arbeitsverhältnis und <i>lien de subordination</i>	468
2. Grundstruktur des französischen Kündigungsrechts.....	469
II. Definition, Zielsetzung und Relevanz der <i>théorie du co-emploi</i> in der Konzerninsolvenz	470
III. Voraussetzungen	475
1. Grundlagen und Entwicklung zweier alternativer Tatbestandsmerkmale.....	475
2. Wirtschaftliche Betrachtung von Konzernstrukturen und regelmäßige Anwendung der <i>théorie du co-emploi</i> seit dem <i>Jungheinrich</i> -Urteil vom 18.01.2011	477
3. Berücksichtigung notwendiger Koordinationsmechanismen in Konzernsachverhalten seit dem <i>Molex</i> -Urteil vom 02.07.2014....	484
4. Verlagerung des Schwerpunkts einer konzernspezifischen Arbeitgeberhaftung in den Bereich der Delikthaftung des Artikels 1240 C. civ. – Das <i>Sofarec</i> -Urteil vom 08.07.2014	491
IV. Rechtsfolgen	495
1. Insbesondere: Beweiserleichterung für eine fehlende Rechtfertigung betriebsbedingter Kündigungen in Konzernsachverhalten und mögliche Neutralisierung dieser Rechtsprechung durch die <i>Ordonnances Macron</i> vom 20.12.2017	498
a) Rechtslage zum Zeitpunkt der <i>Jungheinrich</i> - und <i>Metaleurop</i> -Urteile der Sozialkammer des Kassationsgerichtshofs (2011 bis 2014).....	498
b) Stärkung der Rechtssicherheit für Konzerne bei betriebsbedingten Kündigungen durch die <i>Ordonnances Macron</i> vom 22.09.2017	500

2. Insbesondere: Begründung einer internationalen Zuständigkeit französischer Gerichte für europäische Auslandsmuttergesellschaften als „Co-Arbeitgeber“.....	502
V. Zwischenergebnis	507
VI. Rechtsvergleichende Anmerkungen zum deutschen Recht	508
1. Vergleichsgegenstand.....	508
2. Rechtsvergleichende Anmerkungen im Rahmen des Vergleichsgegenstands	510
a) Geltung des Trennungs- und Rechtsträgerprinzips auch in arbeitsrechtlichen Sachverhalten; begrenzte Berücksichtigung des Konzernsachverhalts im Arbeitsrecht	511
b) Einfluss des Insolvenzgelds (§§ 165 ff., 358 ff. SGB III) auf die Interessenverteilung.....	512
c) Eng begrenzte Möglichkeiten zu „Berechnungsdurchgriffen“ bei der Dotierung von Sozialplänen konzernangehöriger Arbeitgeber (§ 112 Abs. 5 BetrVG)	513
d) Pragmatische Lösungen zum Arbeitnehmerschutz im Einzelfall am Beispiel des <i>Gamma</i> -Urteils des BGH.....	516
3. Zwischenergebnis	518
D. Überblick: Weitere Möglichkeiten zur Anreicherung des Haftungssubstrats konzernangehöriger Gesellschaften	518
I. Rückführung von Vermögenselementen in das Haftungsvermögen konzernangehöriger Gesellschaften	519
1. Allgemeine Regeln des Vermögensschutzes bei Kapitalgesellschaften	519
2. Insolvenzliche und außerinsolvenzliche Anfechtungsregeln	521
a) Die eingeschränkten Insolvenzanfechtungsregeln des Sanierungs- und Liquidationsverfahrens (<i>nullités de la période suspecte</i> , Art. L. 632-1 ff. C. com.).....	521
b) Die zivilrechtliche Paulianische Vorsatzanfechtungsklage (<i>action paulienne</i> , Art. 1341-2 C. civ).....	524
3. Rechtsvergleichende Anmerkungen zum deutschen Recht	527
a) Kapitalerhaltungsansprüche bei AG und GmbH	527
aa) Recht der AG: umfassende konzernrechtliche Überlagerung möglicher Ansprüche der Gesellschaft aus §§ 57, 62 AktG wegen verdeckter Einlagenrückgewähr	528
bb) Recht der GmbH: Kapitalerhaltungsvorschriften der §§ 30, 31 GmbHG mit größerer Relevanz in Konzernsachverhalten und flankierende Rechtsinstitute.....	530

b) Insolvenzanfechtung im Konzern.....	533
aa) Besondere Relevanz der §§ 129 ff. InsO im deutschen Recht: Weitreichende Tatbestände, Beweiserleichterungen und lang bemessene Anfechtungszeiträume	533
bb) Vergleichbarkeit einzelner Elemente der §§ 130 bis 132 und §§ 135 f. InsO mit den weniger umfassenden <i>nullités des la période suspecte</i> des französischen Rechts.....	535
cc) Herausgehobene Bedeutung der Schenkungs- und insbesondere der Vorsatzanfechtung (§§ 133 bzw. 134 InsO) im Vergleich zur im französischen Recht weniger praxisrelevanten <i>action paulienne</i>	536
4. Zwischenergebnis.....	539
II. Erweiterung des Haftungssubstrats auf Kosten anderer Rechtsträger im Konzern – nicht insolvenzspezifische Tatbestände im Überblick	542
1. Vertragliche Haftung von Konzergesellschaften für die Schulden anderer Rechtsträger im Konzern.....	543
a) Französisches Recht	543
b) Rechtsvergleichende Anmerkungen zum deutschen Recht.....	543
2. Sonstige rechtsträgerübergreifende Haftungsgrundlagen auf allgemein zivilrechtlicher Basis	544
a) Haftung wegen Pflichtverletzungen, Rechtsschein und verwandter Rechtsinstitute	544
aa) Allgemeine Delikthaftung von beherrschenden Gesellschaften nach Art. 1240 C. civ. für schuldhafe Pflichtverletzungen	545
bb) Rechtsscheingesichtspunkte (<i>théorie de l'apparence</i>) und Einmischung (<i>immixtion</i>)	547
cc) Rechtsvergleichende Anmerkungen zum deutschen Recht	549
(1) Deliktische Haftung beherrschender Gesellschaften	551
(2) Auslegung und Zurechnung von Willenserklärungen; Rechtsschein und (Konzern-) Vertrauen	552
b) Zwischenergebnis zur Haftung wegen Pflichtverletzungen, Rechtsschein und verwandten Rechtsinstituten	560
III. Zwischenergebnis zur Bedeutung weiterer Möglichkeiten einer Anreicherung des Haftungssubstrats konzernangehöriger Gesellschaften	560

Kapitel 3: Fazit, Ausblick und Zusammenfassung	562
<i>§ 6 Fazit: Die Ausmaße des Rechtsträgerprinzips im französischen und deutschen Recht – Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Lösungsansätze und Schlussfolgerungen.....</i>	562
A. Einheitliche Analyse des Grundproblems: Auseinanderfallen von wirtschaftlicher und rechtlicher Realität und mögliche Externalisierung negativer Effekte von unternehmerischen Aktivitäten	562
B. Abweichende rechtliche Lösungsansätze und Schwerpunktsetzungen unter dem Vorzeichen unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklungen	565
I. Rechtliche Diskussion um wechselnde Tatbestandsgrundlagen mit allgemeiner Tendenz zur Stärkung des Trennungs- und Rechtsträgerprinzips im Konzern	565
II. Unterschiedliche Grundentscheidungen und Regelungstechniken mit dem Ziel einer Haftungsfreistellung für „normal funktionierende Konzerne“ in beiden verglichenen Rechtsordnungen.....	569
III. Gesamtwirtschaftliche Faktoren und ihre mögliche Auswirkung auf die juristische und rechtspolitische Debatte um die Bewältigung von Konzerninsolvenzen	575
C. Entwicklungspotenzial über nationale Rechtsordnungen hinaus	577
<i>§ 7 Zusammenfassung der Forschungsergebnisse</i>	582
Literaturverzeichnis.....	635
Sachregister.....	653